



**Detlef Wetzel**

**Erster Vorsitzender der IG Metall**

**1. Mai: Gute Arbeit. Soziales Europa.**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2014 in Köln**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ich weiß: Ihr musstet leiden in den letzten Jahren.

Aber endlich ist es so weit!

Der FC spielt ab August wieder in der 1. Liga.

Herzlichen Glückwunsch zum Aufstieg.

Aber lasst Euch gesagt sein: Nachhaltigkeit ist eine unserer gewerkschaftlichen Tugenden.

Also versaut es nächstes Jahr bloß nicht wieder!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Fußball ist heute allerdings nur Randthema.

Was uns heute zusammenführt, das sind zwei Dinge:

Gute Arbeit! Und ein soziales Europa!

Dafür erheben wir heute am 1. Mai unsere Stimmen.

Es ist auch immer der Tag, der uns an heftige Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite erinnert.

Lohnfortzahlung, Urlaub, Arbeitszeitverkürzung und vieles mehr: Das alles wurde uns nicht geschenkt!

Wir haben jetzt fünf Monate Große Koalition erlebt.

Zumindest die grobe Richtung stimmt schon mal.

Ihr wisst das besser als jeder Politiker:

45 Jahre harte Arbeit, das ist genug!

Das ist keine Frage von Wettbewerbsfähigkeit oder Haushaltspolitik.

Das ist eine Frage von Gerechtigkeit und von Respekt vor einer lebenslangen Leistung.

Ich sage: Die abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren ist richtig.

Und ich sage auch: Was die üblichen Verdächtigen aus dem Unternehmerlager und ihre politischen Handlanger für eine Show abgezogen haben, das ist eine Schande!

Jung und Alt gegeneinander auszuspielen.

Aus der hart erarbeiteten Rente eine Frage der Generationengerechtigkeit machen.

Tiefer kann man nicht sinken.

Wer Generationengerechtigkeit fordert, der muss doch vor allem eines tun: Dafür sorgen, dass die Jüngeren von uns sichere und gut bezahlte Arbeit bekommen und nicht durch Leiharbeit und Niedriglohn keine gute Zukunft haben.

Ich frage:

- Wie soll man sich ein Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist?  
Wie soll man eine Familie gründen, wenn man Angst hat, seinen Arbeitsplatz zu verlieren?
- Wie soll man langfristig vorsorgen, wenn das Geld gerade so für den Monat reicht?

Erst, wenn DAS geklärt ist, dann reden wir nochmal über Generationengerechtigkeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass diese Themen in der Offensive sind, das ist uns zu verdanken.

Und auch unsere Botschaft, dass man von 3, 4 oder 5 Euro Stundenlohn nicht leben kann.

Endlich schieben wir sittenwidrigen Löhnen einen Riegel vor.

Der Mindestlohn kommt.

Die abschlagsfreie Rente und der Mindestlohn sind aber nur erste Schritte.

Die Politik soll nicht denken, dass sie mit ein bisschen Kitt und Kleber den

Scherbenhaufen reparieren kann, der in den letzten 20 Jahren verursacht wurde!

Für eine demokratische und nachhaltige Marktwirtschaft brauchen wir noch viel mehr.

Wir brauchen einen Finanzmarkt, der den Menschen dient.

Wir wollen keinen Finanzmarkt, auf dem die Finanzgauner und Steuerhinterzieher dieser Welt zocken, wie es ihnen gerade in den Sinn kommt.

Wenn sie Gewinn machen dann stecken sie es sich in die eigene Tasche und wenn sie Verlust machen, dann sollen wir dafür bezahlen.

Kolleginnen und Kollegen,  
das dürfen wir uns nicht länger gefallen lassen!

Und wir müssen weiter kämpfen für einen geordneten Arbeitsmarkt.

Früher war Arbeit die Quelle von Wohlstand für viele.

- Heute sagen viele: „Ich bin arm trotz Arbeit. Ich muss zum Amt gehen und aufstocken.“
- Heute heißt es: „Ich bin Leiharbeiter. Ein Arbeiter zweiter Klasse.“
- Oder es heißt: „Ich arbeite über Werkvertrag. Keiner vertritt meine Interessen.“

Bei der Leiharbeit sind wir schon einen guten Schritt voran gekommen durch unsere Tarifverträge.

Nun ist es aber an der Zeit, endlich auch den Missbrauch durch Werkverträge zu verhindern!

Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wollen einen Arbeitsmarkt, der seinen Namen auch verdient.

Wir wollen gute, faire und sichere Arbeit!

Und keine Arbeitnehmer erster, zweiter und dritter Klasse in den Betrieben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
das Gebot der Stunde lautet: Nicht kleckern, sondern klotzen!

Das muss endlich in den Köpfen der Politik und Unternehmer ankommen.

In den letzten 15 Jahren liegt die deutsche Investitionsquote um 4 Prozent unter dem OECD-Schnitt.

Das muss sich ändern.

Ohne Investitionen wird Deutschland nicht mehr lange ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleiben.

Straßen, Brücken, Schulen: Die Infrastruktur wird marode!

Um auf OECD –Schnitt zu kommen haben Experten einen jährlichen Bedarf von 100 Milliarden errechnet – 20 Milliarden vom Staat, der Rest von den Unternehmen.

Wie kann es sein, dass die unternehmerischen Gewinne ständig steigen und Investitionen sinken?

Da fragt man sich doch: Wo ist das ganze Geld hin, das wir Beschäftigten erwirtschaften?

Statt in die Betriebe zu investieren, schafft man das Geld wohl lieber ins Ausland oder steckt es sich gleich selbst in die eigene Tasche.

Da sagen wir den Unternehmen: Ihr sägt an dem Ast, auf dem ihr sitzt!

In der Krise haben die Gewerkschaften ihren Beitrag geleistet:

Wir haben Arbeitszeit verkürzt, Kurzarbeit organisiert und Arbeitszeitkonten gestaltet.  
Wir haben Fehler ausgebügelt, die andere verursacht haben.

Wer aber meint, jetzt müsse nichts zurückkommen, der hat sich getäuscht!

Auf diese Art von Sozialpartnerschaft können wir verzichten.

Ich sage es ganz deutlich: Zurückhaltung war gestern!

Heute geht's um uns:

Rauf mit den Löhnen und rauf mit den Investitionen in den Betrieben, in die Bildung und in eine zukunftsfähige Infrastruktur!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst haben wir mal wieder einen Kraftakt erlebt.

Allein an der zweiten Warnstreikwelle haben sich über 200.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beteiligt.

Und Ihr habt satte Entgelterhöhungen rausgeholt.

Und einen einheitlichen Urlaubsanspruch.

Und die Verlängerung der Übernahmegarantie.

Das zeigt wieder einmal:

Wenn wir zusammen stehen, dann nimmt uns niemand die Butter vom Brot.

Das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der NGG:

Was die Yi-Ko Holding sich bundesweit in 91 Burgerking-Filialen erlaubt ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten.

Mit fadenscheinigen Begründungen werden Mitarbeiter in Gerichtsverfahren gezwungen.

Mit ständigem existenziellen Druck sollen Betriebsräte und Beschäftigte handzahn gemacht werden.

Mitbestimmung, Tarifverträge, Betriebsräte – alles soll über Bord geworfen werden.

Unternehmen, die so mit ihren Beschäftigten umgehen, verstoßen gegen die Grundwerte unserer Verfassung!

Das ist nicht zu akzeptieren!

Wir fordern keine Schikane gegen Beschäftigte, vernünftige Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bei Burgerking!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ein Thema wird in der nächsten Zeit von besondere Bedeutung sein.

Von den Beschäftigten wird immer mehr Flexibilität verlangt.

Aber Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein.

Wir brauchen eine gerechte Balance zwischen den Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen und den Wünschen der Beschäftigten auf Zeitsouveränität.

Wir wollen, dass Beschäftigte, auch Ansprüche stellen können, wenn persönliche Lebensereignisse es erfordern.

Was ist, wenn Angehörige plötzlich schwer erkranken oder gar pflegebedürftig werden?

Was passiert, wenn ich gerade in der ersten Phase der Kindererziehung zu Hause gebraucht werde?

Was tut ein Unternehmen nach dreißig, vierzig Jahren Zugehörigkeit für einen Beschäftigten, damit er oder sie im Alter kürzer treten kann und einen erträglichen gleitenden Ausstieg erhalte?

Das sind die Fragen, auf die Antworten gefunden werden müssen.

Bei der Gestaltung der Arbeitszeit darf nicht nur das Interesse der Betriebe eine Rolle spielen, sondern auch die Interessen der Beschäftigten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir am 1. Mai von Demokratie sprechen, dann erinnern wir uns auch immer daran, dass dieser Tag auch missbraucht wird: Von den Feinden der Demokratie am rechten Rand.

Gemeinsam kämpfen wir gegen Nazis und für eine freie, soziale und gerechte Gesellschaft!

- Rechtsextremes Denken,
- Rassismus,
- nationale Überheblichkeit,
- religiöser Fanatismus,
- sexuelle Diskriminierung,

haben in diesem Land keinen Platz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Insbesondere die NPD-Anhänger wollen auf der Flamme sozialer Ängste ihre braune Suppe kochen.

Das gilt aber auch für „ProKöln“, mit denen Ihr hier immer wieder zu kämpfen habt.

Den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Wurzeln im Ausland haben, kann ich nur sagen: Wir Gewerkschafter stehen zusammen. Gegen jede Form von Ausgrenzung!

Wir wissen: Der Sieg über den alten und neuen Faschismus muss in den Köpfen gewonnen werden. Viele von denen haben ihre Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn getauscht.

Sie verbergen ihre Botschaften hinter geschliffener Rhetorik.

Sie präsentieren sich als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit.

Entlarven wir ihre Lügen!

Nazis sind keine Sozialarbeiter!

Eine Konsequenz muss daher sein, dass die NPD, dass alle faschistischen Organisationen endlich verboten werden.



Die Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ hat seit der Wiedervereinigung 184 Todesopfer rechter Gewalt gezählt.

Zehn davon gehen auf das Konto der NSU.

Wir erinnern uns alle an das schreckliche Nagelbombenattentat – hier ganz in der Nähe in der Keupstraße.

Das jährt sich nun bald zum zehnten mal.

Nicht nur die IG Metall Verwaltungsstelle Köln sondern auch der Vorstand der IG Metall unterstützt das Kultur- und Politfestival, das am 9 Juni dieses Jahres in Köln-Mülheim an dieses feige Verbrechen erinnern soll.

Weil es doch offensichtlich ist: Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen!

Und daher heißt es in Köln seit mehr als 20 Jahren völlig richtig:

Ich als Siegerländer verkneife mir mal die Kölsche Aussprache. Aber Ihr wisst, was gemeint ist, wenn ich sage:

„Arsch hoch, Zähne auseinander!“, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich sage dazu auch: Wir sollten jeden Menschen willkommen heißen, der mit uns in diesem Land leben will.

Auch die Wirtschaft hat erkannt, dass wir ohne Fachkräfte aus dem Ausland gar nicht mehr auskommen werden.

So predigt jeder gerade eine neue Willkommenskultur in Deutschland.

Schön wäre es, wenn das auch alle ernst meinen würden.

Zu einer echten Willkommenskultur gehört nämlich, dass wir die Menschen nicht zwingen, sich zwischen dem deutschen oder einem anderen Pass zu entscheiden. Wenn wir Vielfalt wertschätzen wollen, muss sich das auch in den Gesetzen ausdrücken!

Ein Schuss in den Ofen sind daher die Pläne der Großen Koalition zum doppelten Staatsrecht.

Der Koalitionsvertrag hatte es uns anders versprochen, jetzt heißt es aber: Die doppelte Staatsbürgerschaft soll an bestimmte Kriterien gekoppelt werden, etwa eine Aufenthaltsdauer oder einen Schulabschluss. Das ist kleinlich und geht auf Kosten der betroffenen Jugendlichen.

Union und SPD hätten jetzt ein Ausrufezeichen setzen können. Eines, vor dem steht: „Gut, dass Ihr da seid, auch wenn Eure Eltern aus der Türkei oder Indien oder einem anderen Land kamen!“

Das wäre die richtige Konsequenz aus der Tatsache, dass unser Land seinen Wohlstand auch jenen verdankt, die zu uns gekommen sind.

Daher fordern wir hier und heute: die generelle und bedingungslose Mehrstaatigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
rechte Ideologien und Rassismus haben leider in ganz Europa Zulauf.  
Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Abstiegsängste sind der Nährboden, auf dem braunes Gedankengut wächst.  
Deswegen ist die Krise in Europa nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Krise. Sie ist auch eine politische und soziale Krise!

Die Erfolge ...

- der Front National in Frankreich,
- der goldenen Morgenröte in Griechenland,
- der FPÖ in Österreich,
- oder von Geert Wilders sogenannter „Partei für die Freiheit“ ...

alarmieren uns.

Die Idee eines geeinten Europas ist in Gefahr.

Ich sage ausdrücklich:

Das geht gemeinsam besser als alleine.

Was aber derzeit von Brüssel und Berlin aus betrieben wird, das ist nicht anders zu verstehen, als ein Angriff auf eben diesen europäischen Gedanken.

Das ist vor allem undemokratisch!

Wer den Bürgern Europas bei den Verhandlungen um das amerikanische und kanadische Freihandelsabkommen die Tür vor der Nase zuschlägt, der darf sich nicht wundern, wenn sich niemand mehr für Europapolitik engagieren möchte.

Wer durch seine Sparpolitik die Länder ausbluten lässt und dafür sorgt, dass Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte keine Bedeutung mehr haben, der darf sich nicht wundern, dass die Menschen mit Europa nichts zu tun haben wollen.

Das ist keine Polemik.

Die Wirklichkeit hat es bewiesen: Die neoliberale Sparpolitik hat die Krise nicht gelöst.

Die Haushaltskürzungen verschärfen die Rezession, Sozialabbau stürzt die Menschen in Südeuropa in Elend und Not. Die Gesundheitsversorgung bricht zusammen.

Fast 20 Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. Neun Millionen Jugendliche stehen auf der Straße.

Wie blind müssen Politiker sein, um das nicht zu sehen.

Das ist eine soziale Katastrophe!

Aber es ist keine Naturkatastrophe!

Das haben Menschen gemacht!

Menschen, die immer noch glauben, über Kürzen beim „kleinen Mann“ käme man zu wirtschaftlichem Erfolg.

Menschen, die sagen, die einfachen Bürger Europas haben jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und das müsse jetzt korrigiert werden.

Menschen, die die hemmungslose Zockerei auf den Finanzmärkten zugelassen haben.

Das ist doch der Skandal!

Wann haften denn endlich die Banken für die Krise?

Wann gibt es denn endlich höhere Steuern für Reiche?

Wann werden denn endlich die Steueroasen trocken gelegt?

Hier muss doch endlich mal rangegangen werden!

Und nicht bei denen, die ohnehin schon zu wenig zum Leben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich appelliere deshalb an die Regierungen und die

EU-Kommission: Beschäftigt Euch mit den wirklichen Problemen der Menschen.

Hört auf, Eure Energie für ein Freihandelsabkommen zu verschwenden, das uns ...

- wirtschaftlich nicht voranbringt, und das

- unsere Arbeits- und Sozialstandards sowie unsere guten Lebensmittel gefährdet.

Eins ist klar: Dieses Freihandelsabkommen und seinen Investitionsschutz brauchen wir nicht!

Was wir aber brauchen sind Investitionen in Arbeit, Umwelt, Gesundheit und Bildung.

Wir wollen ein Europa, das die Finanzmärkte reguliert.

Wir wollen ein Europa, das demokratisch ist, in dem die Bürger mehr Mitsprache haben als die Unternehmen und Banken!

Am 25. Mai ist die Europawahl. Ich werde wählen gehen.

Ich werde unser Europa nicht den Marktradikalen überlassen.

Weder als deutscher Gewerkschafter noch als Bürger Europas will ich ein „Weiter so“, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lasst mich am Ende noch vom großen Europa zurück nach Köln kommen.

Einige Worte noch zu den Kollegen der Ford-Werke hier in Köln.

Im Dezember wurde den Beschäftigten eröffnet, dass der Fiesta-Nachfolger in Köln in Frage gestellt wird.

Um es hier und heute klar zu sagen: Die gesamte Belegschaft fordert den Erhalt der Fiesta-Fertigung in Köln!

Und die gesamte IG Metall steht hinter Eurer Forderung!

Andere Werke wurden geschlossen, ohne den Betriebsräten und Gewerkschaften eine echte Chance zur Rettung der Standorte zu geben.

So etwas wird die IG Metall hier in Köln nicht zulassen!

Es wäre doch eine Schande für Köln und Ford wenn nicht das produktivste Automobilwerk der Welt nicht erhalten bliebe.

Ford darf nicht zum zweiten Opel werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe schon gesagt: Wir dürfen jetzt nicht nachlassen.

Wir haben Herkules-Aufgaben vor uns, wenn wir Gute Arbeit, gesellschaftliche Solidarität und ein soziales Europa wollen!

Manchmal fragt man sich: Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Wir als Bürger, als Beschäftigte und Gewerkschafter.

Jeder muss sich einmischen!

Für faire Löhne – gegen Lohndumping!

Für sichere Jobs – gegen prekäre Beschäftigung!

Für gute Arbeit – gegen Arbeit, die krank macht!

Für Selbstbewusstsein bei der Arbeit – gegen Stillhalten.

Für Toleranz – gegen Hass und Rassismus.

Für ein geeintes Europa – gegen Spaltung der Nationen.

Dankeschön. Glück auf!